

Antrag 267/I/2025**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Doppelgebühren im Einbürgerungsverfahren stoppen!**

1 Die SPD fordert die Abgeordnetenhausfraktion der SPD
 2 und die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Se-
 3 nates dazu auf, die mehrfache Erhebung von Gebühren im
 4 Rahmen der Antragsstellung im Einbürgerungsverfahren
 5 im Land Berlin umgehend zu stoppen.

6

7 Begründung

8 Seit dem 1. Januar 2024 ist das Landesamt für Einwande-
 9 rung (LEA) für Einbürgerungsfragen zuständig. Zuvor la-
 10 gen diese Vorgänge in der Zuständigkeit der Bezirke. Trotz
 11 einer durchschnittlichen Wartezeit von ohnehin schon 24
 12 Monaten stauten sich dort mit den Jahren rund offene
 13 40.000 Anträge an – der älteste stammt aus dem Jahr
 14 2005. Mit der Übernahme der Antragsbearbeitung durch
 15 das LEA sollte u.a. die Wartezeit deutlich verkürzt werden.
 16 Bestehende Anträge wurden digitalisiert und an das LEA
 17 übergeben, neue Einbürgerungsbegehren können inzwi-
 18 schen mittels „Quick-Check“ hinsichtlich ihrer Aussicht
 19 auf Erfolg vorab online geprüft werden.

20

21 Einzig: Tatsächlich schneller werden bis heute nur jene An-
 22 träge bearbeitet, die das LEA über die neue Online-Maske
 23 zur Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit errei-
 24 chen. Wer den Antrag seinerzeit im Bezirk gestellt hat,
 25 muss sich (erneut) hinten anstellen. Will man vom ange-
 26 passten Antragsverfahren profitieren, so kann ein Antrag
 27 noch einmal online gestellt werden. In diesem Fall werden
 28 erneut Gebühren in Höhe von 255,00 Euro für Erwachsene
 29 und 51,00 Euro für Kinder unter 16 Jahren fällig. Eine Er-
 30 stattung der Kosten für Einbürgerungswillige, die bereits
 31 im Bezirk einen Antrag gestellt haben, lehnt die Innenver-
 32 waltung hingegen ab, denn niemand sei gezwungen, ei-
 33 nen weiteren, kostenpflichtigen digitalen Antrag zu stel-
 34 len. „Wir können und wollen das aber auch nicht verhin-
 35 dern“ heißt es von dort. Gleichzeitig teilt das LEA mit: „Bei
 36 den meisten von den Bezirken übernommenen Altanträ-
 37 gen müssen alle Unterlagen erneut abgefördert werden,
 38 da diese grundsätzlich nicht älter als sechs Monate sein
 39 dürfen.“

40 Mehr noch: Die anfängliche Praxis des Landesamtes, die
 41 Gebühren für den erneuten, digitalen Antrag zu erstatten,
 42 wurde im April 2024 eingestellt.

43

44 In der Folge schafft dieses Vorgehen eine Praxis, in der An-
 45 tragstellende benachteiligt werden, weil sie gleich zwei-
 46 mal zur Kasse gebeten werden. Anders ausgedrückt: Wer
 47 im neuen Verfahren rasch eingebürgert werden möchte,
 48 muss sich das leisten können. Das ist nicht sozial und aus

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
 hauses und des Berliner Senates werden aufgefordert, ein
 Verfahren zu etablieren, auf dessen Grundlage das Lan-
 deseinwanderungsamt (LEA) auf die Erhebung der Gebühr
 für einen vor dem 1. Januar 2024 bei einem Bezirk gestell-
 ten Erstantrag auf Einbürgerung verzichten bzw. diese er-
 statten soll, sofern nach diesem Datum online ein zweiter
 Antrag beim LEA gestellt wurde.

49 diesem Grund müssen die Doppelgebühren im Einbürge-
50 rungsverfahren umgehend gestoppt werden.
51